

Dr. Fritz Erik Hoevels, Freiburg i. Br.
e-mail: fritz-erik.hoevels@gmx.de

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Nachbarn!

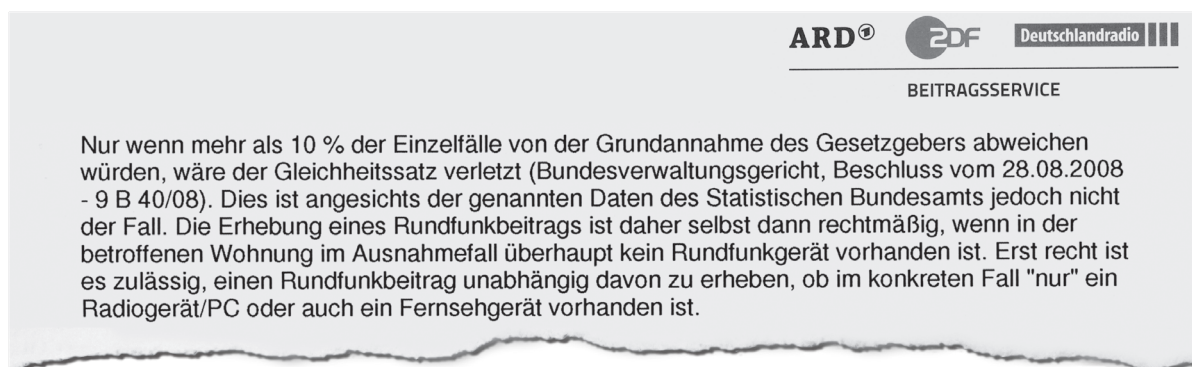
Wie so viele andere Personen in diesen Tagen werde ich von Staatsorganen bedroht, wenn ich mich weigere, Propagandasteuer zu zahlen – d.h. einen Fernseher und Rundfunk zu bezahlen, **den ich nie besaß und auch nicht will**. Ich bin jetzt Rentner, und ich habe seit meinem Abitur niemals einen Fernseher oder Rundfunk besessen, weil ich ihn einfach ebensowenig will wie Nichtraucher Zigaretten oder Ungläubige Rosenkränze. (Natürlich soll sich jeder Zigaretten und Rosenkränze, auch echte Glühbirnen übrigens!, kaufen können, soviel er will, und dann auch bezahlen müssen, aber niemand soll sie bezahlen müssen, der sie **nicht** kaufen will.) Diese lange „Bewährungszeit“ sollte die Solidität meines Widerwillens gegen Staatspropaganda ausreichend belegt haben; über das, was in der Welt vorging, war ich normalerweise trotz besagter Ablehnung die ganze Zeit lang weitaus besser informiert als der Durchschnitt meiner Mitmenschen, aber aus selbstgewählten Quellen.

Noch einmal: wer das Propagandazeug hören und sehen will, das noch dazu seit dem ersten Irak-überfall der USA nicht einmal mehr über die Frontverläufe der laufenden Kriege informiert (das war vorher anders), soll das ungehindert tun dürfen und bezahlen müssen. Aber wer es **nicht** will, soll es auch nicht bezahlen müssen.

Natürlich weiche ich der staatlichen Gewalt, die ich zutiefst verachte, aber so wenig eine Chance gegen sie habe wie die Juden des Kirchenstaats bis 1867, den Zwangs-Bekehrungspredigten des dort ja staatlichen Gepfaffs zu entgehen, die sie anhören **und bezahlen** mußten, bis die Truppen der Garibaldi-Anhänger sie befreiten; **in deren Lage bin ich jetzt auch, aber viele andere**, die den Dreck nicht wollen, **eben auch**.

Und deshalb wende ich mich an Sie. Denn unter Ihnen sind wahrscheinlich auch einige Leute, die keine Staatsberieselung bzw. die dazugehörigen Apparate wollen und daher auch nicht bezahlen wollen, aber damit gewöhnlich hilflos und alleine bleiben, verspottet von den Textbausteinen der Behörden.

Eine sehr schwache Chance, dem neuen Raub und Zwang zu entgehen, gibt es nämlich. Eines der vielen Opfer der neuen Willkür, das gegen diese bei den Organen des gleichen Staates klagte, von dem sie ausgeht, bekam nämlich von diesen, also der Justiz, folgende Antwort [Ausschnitt]:



So unlogisch das zwar ist – denn dann hätten z.B. die deutschen Juden im 3. Reich keinen Schutz verdient, da ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung unter 10% lag, aber was ist schon Logik gegen Gewalt! –, so gibt es uns, d.h. allen, die keine Glotze u.ä. haben und erst recht nicht bezahlen wollen, wenigstens einen winzigen Ansatzpunkt in die Hand: **die geforderten 10% zusammenzubekommen** oder wenigstens so viele Prozent, wie die deutschen Juden bei Hitlers Machtantritt an der Gesamtbevölkerung ausmachten. Dieses Argument sollte ja auch der bösartigsten Bürokratie, den aalglattesten Schreibtischtätern und Wortverdrehern im Dienste der Gewalt ein bißchen peinlich werden!

Deshalb fordere ich Sie auf, mit mir zusammen folgenden Text zu unterschreiben und an die jeweils aktiven Behörden zu schicken:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie verlangen von mir unter Berufung auf irgendwelche staatlichen Willensäußerungen, die Nutzung eines Fernseh- oder Rundfunkgeräts zu bezahlen, das ich weder besitze noch nutzen will. So sehr dies eine formal korrekte Äußerung der Staatsgewalt sein mag wie so viele andere in Geschichte und Gegenwart, so ethisch verwerflich ist sie. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich zwar der Gewalt weichen muß wie andere Wehrlose, aber Ihre aufgedrängten Dienste im vorliegenden Zusammenhang weder wünsche noch bezahlen will.

Hochachtungsvoll,
Ihr

Es ist wichtig, daß andere Opfer der Willkürmaßnahme von dieser Gegenwehr erfahren, denn die Funktionäre der Täter werden erfahrungsgemäß über die Zahlen der Einspruchs-Einreicher ebenso schweigen und lügen wie analog vor einigen Jahren über die (sehr geschrumpften) Zahlen der Kirchenmitglieder, mit deren **Masse**, sogar wörtlich Prozentsatz, sie den Kirchensteuereinzug an arbeitslosen Nicht-Mitgliedern von Religionsgemeinschaften pervers genug begründeten, aber eben nachweislich logen (Dokumentation der Tatsache für Zweifler auf Wunsch!).

Deshalb bitte ich Sie, Ihren Namen und Ihre Personalausweisnummer (falls Sie von der Mitteilung Ihrer Adresse Nachteile befürchten) unter folgende Internetadresse, die ich eingerichtet habe, zu setzen (denn sonst läßt sich nicht **zählen**, und im Dunkeln ist auch für Staatsorgane gut munkeln):

www.keinezwangsberieselung.com

Ich leite die Unterschriften dann blockweise an die Behörden weiter.

Wenn Sie den Willkürakt der Propagandasteuer weiter bekämpfen wollen, teilen Sie diesen Brief bitte Ihren Freunden und Kollegen mit (auch auf Facebook!). Es kann sich lohnen und ärgert die Täter in jedem Fall! (Befragen Sie auch Vertreter der von Ihnen gewählten Partei zum Thema, von der NPD bis zur LINKEN!)

Ihr

Dr. Fritz Erik Hoevens, Dipl.-Psych. i.R.

P.S. Bitte verstehen Sie, daß auf 1000 normale Empfänger 1 staatsgeiler Pogromist kommen kann; darum fehlt hier meine Postadresse. Ihre dagegen erführe kein Unbefugter.

P.S.S. **Einen** haarsträubenden Unsinn können Behördenvertreter noch antworten: Ihr Internet hätte ja Zwangs-Fernsehanschluß, und Sie könnten sich ja, wenn sie ihn, ähnlich wie einen Gratis-Zwangs-Rosenkranz, nicht wollen, selber in die Steinzeit zurückbomben, har, har! – Nichts ist leichter, als Computer-Anbieter zu zwingen, fernsehfremde Computer ins Angebot zu nehmen, besonders leicht für Leute, die täglich tausendmal härtere bis regelrecht brutale Produktionsauflagen in die Industrie drücken (z.B. die Auto-industrie). Lassen Sie sich durch Anhören solch absurder Dreistigkeiten wie besagter nicht zum verspotteten und von den Tätern verachteten Kasper machen!